

stimmt sind, dadurch verdeckt, so daß die Achse ohne Weiteres als Patentachse nicht erkannt werden konnte. Erst wenn die Schlußschrauben und Buchsen entfernt worden waren, wozu aber ein passender Schraubenschlüssel erforderlich ist, (der natürlich der Sendung nicht beiliegt,) konnte wahrgenommen werden, daß Patent- und nicht gewöhnliche Schmierachsen vorliegen.

Am 5. November c. hat das Landgericht Berlin in einem Prozesse der Berliner Handelsgesellschaft wider den Steuerfiskus, in dem es sich um Schlußschein stempel handelte, überall zu Gunsten der Klägerin erkannt. Der Fiskus hatte namentlich zu Prolongationen von Zeitgeschäften, auch bei einer Entfernung von mehr als 15 km., einen Stempel, und zwar für jedes einzelne Geschäft 1 M., erfordert. Derselbe ist zur Rückzahlung dieser Stempelbeträge verurtheilt worden und ebenso zur Rückzahlung der Stempel, welche zu Schlußscheinen über Reportgeschäfte nachgefordert worden sind. Zu den fraglichen Schlußscheinen war überall nur 1 Mark Stempel verwendet, der Fiskus verlangte aber 2 M., weil durch die Erwähnung des zu zahlenden Reports, bezüglich Depots, im Schlußschein zwei Geschäfte beurkundet seien. (Handels-Gew.-Ztg.)

Gegen die Inhaber des Bankhauses Meyer-Cohn, Inhaber Kommerzienrath Meyer-Cohn, Bankier Alexander Cohn und Bankier Emil Heymann, wurde in der Berufungsinstanz der sechsten Strafkammer des Landgerichts I. eine Anklage wegen Reichs-Stempelsteuer-Hinterziehung verhandelt. Die angeklagte Firma hatte der Nationalbank für Deutschland 50 Stück Dividendenscheine Laurahütte im Werthe von 1800 Mark und mit dem Auftrage geliebt, diese bereits zur Auszahlung aufgerufenen Scheine an der Zahlstelle einzulösen. Am 2. Oktober 1882 zahlte die Nationalbank die eingezogenen 1800 Mark an die angeklagte Firma zurück und empfing am folgenden Tage die Empfangsbescheinigung. Dieses nicht gestempelte Schriftstück wurde bei einer Revision der Schriftstücke der Bank vorgefunden und daraufhin obige Anklage gegen die Inhaber der Bank erhoben. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung der Angeklagten, weil das betreffende Schriftstück nicht über ein Kauf- oder Lieferungsstück ausgestellt sei, auch keine Rechnung über ein solches und daher gar nicht stempelpflichtig sei. — Im gestrigen Berufungstermin beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von je 20 Mark. Der Gerichtshof erkannte diesem Antrage entsprechend, indem er annahm, daß ursprünglich wohl ein Darlehnsgeschäft vorgelegen habe, daß aber später die Nationalbank Eigentümerin der Dividendenscheine geworden ist. Nun sei es gerichtsnotorisch, daß solche Papiere, selbst wenn sie schon zur Auszahlung aufgerufen sind, zum Gegenstand des Handelsverkehrs gemacht zu werden pflegen. Vorliegend nehme nun der Gerichtshof an, daß nachher die Nationalbank die Dividendenscheine für 1800 M. gekauft habe, und daß das betreffende Schriftstück als Quittung über den Empfang dieser Summe zu betrachten sei.

Urtheil des Reichsgerichtes, II. Strafsenat, vom
13. Januar 1880.

Die Konfiskation der Gegenstände einer Kontrebande ist der Regel nach von der Frage nach dem Eigenthümer unabhängig.

Auf Erlegung des Werthes eines kontrebandirten Gegenstandes ist nur zu erkennen, wenn die Konfiskation selbst nicht vollzogen werden kann.

§§ 1, 2 Gesetz vom 21. Mai 1878. §§ 134, 153—155 Vereinszollgesetz vom 1. Juli 1869.

Durch das Erkenntniß des Schwurgerichtshofes zu D. sind die beiden Angeklagten auf Grund des Wahrspruches der Geschworenen wegen Verletzung der Absperrrungsmaßregeln gegen die Kinderpest und wegen Kontrebande, beides verübt durch die dem Einfuhrverbote zuwider geschehene Einfuhr einer schwarzen Ruh auf Grund der §§ 1 und 2 des Ge-

setzes vom 21. Mai 1878 und des § 134 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 bestraft; daneben ist den beiden Angeklagten die solidarische Verpflichtung auferlegt, den Werth der eingeschmuggelten schwarzen Ruh mit 105 Mark zu ersetzen.

Zur Begründung der letzteren Bestimmung, gegen welche allein die Nichtigkeitsbeschwerde gerichtet ist, hat der Schwurgerichtshof erwogen, daß die Ruh dem Eigenthümer gestohlen und ohne dessen Wissen geschmuggelt sei, daß aus diesem Grunde nicht die Konfiskation der Ruh ausgesprochen werden könne, dagegen die Angeklagten, da der Erlös der Ruh 105 Mark betragen, auf so hoch nach § 155 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 zum Werthersatze verpflichtet seien.

Der wegen Gesetzesverletzung erhobene Angriff ist zutreffend.

Nach § 134 des Vereinszollgesetzes hat derjenige, welcher sich einer Kontrebande schuldig macht, außer der sonstigen Strafe, die Konfiskation der Gegenstände, in Bezug auf welche das Vergehen verübt worden ist, verwirkt. Von den nachfolgenden näheren Bestimmungen wegen der Konfiskation spricht der § 154 aus, daß der in Folge einer Kontrebande (oder Defraudation) eintretende Verlust der Gegenstände des Vergehens jederzeit den Eigenthümer trifft. Hiervon macht der § 154 nur eine Ausnahme, nämlich für den — gegenwärtig nicht in Rede stehenden — Fall, daß die Kontrebande (oder Defraudation) von dem bekannten Frachtfuhrmann oder Schiffer, welchem der Transport allein anvertraut war, ohne Theilnahme oder Mitwissen des Eigenthümers oder des in dessen Namen handelnden Befrachters verübt worden ist, und der Waarenführer nicht zu denjenigen Personen gehört, für welche der Eigenthümer oder der Befrachter nach Vorschrift des § 153 subsidiarisch verhaftet ist. Es ergibt sich hieraus, daß, abgesehen von dem gedachten speziellen Falle, die Konfiskation der Gegenstände einer Kontrebande von der Frage nach dem Eigenthümer derselben völlig unabhängig ist, und daß nicht in Betracht kommen kann, auf welche Weise, ob insbesondere durch Diebstahl oder eine sonstige strafbare Handlung derjenige, welcher die Kontrebande verübt, in den Besitz der Gegenstände derselben gelangt ist. Der Umstand, daß die fragliche Ruh, welche wegen des Verdachtes strafbaren Einführens in das Inland polizeilich in Beschlag genommen, dem Hauptzollamt zu N. zur Verfügung gestellt und von diesem für 105 M. verkauft worden ist, dem Eigenthümer gestohlen und ohne dessen Wissen kontrebandirt worden, berechtigte den Schwurgerichtshof nicht, von der Konfiskation der Ruh Umgang zu nehmen und den Angeklagten die Verpflichtung des Werthersatzes aufzuerlegen. Nach § 155 des Vereinszollgesetzes ist nur in den Fällen, in denen die Konfiskation selbst nicht vollzogen werden kann, statt derselben auf Erlegung des Werthes der Gegenstände, und, wenn dieser nicht zu ermitteln ist, auf Zahlung einer Geldsumme zu erkennen. Ein solcher Fall lag hier nicht vor. Da nach § 156 das Eigenthum der Gegenstände, die der Konfiskation unterliegen, in dem Augenblicke, wo dieselben in Beschlag genommen worden sind, auf den Staat übergeht, so stellt sich der Verkauf der Ruh als eine die Vollziehung der Konfiskation antizipirende Maßregel dar, welche den richterlichen Ausspruch der Konfiskation der Ruh rechtlich weder hindert noch erübrigt und allerdings von selbst die Wirkung hat, daß der Erlös an die Stelle der für konfisziert erklärten Ruh tritt.

Urth. des III. Straff. v. 25. September 1884 c. Schw.
(1717/84) (RG. Leipzig).

RGes. v. 3. Juli 1878, betr. den Spielkartenstempel, §§ 10, 14.

Die Versendung ungestempelter Spielkarten im Inlande, abgesehen von Ausfuhrslagern, fällt nicht unter § 14 des Gesetzes, kann aber als Erfüllung eines Kaufvertrages unter den Begriff des Veräußerns (§ 10) fallen.

Aufhebung des Urth. und Zurückverw. Gründe: Nach den getroffenen Feststellungen hat Angeklagter, welcher in Leipzig unter der Firma E. & J. Nachfolger die Fabrikation